



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote
06/2019

Liebe Leserinnen und Leser,

langweilig wird es nicht in der SPD! Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles hat der Parteivorstand nun das Verfahren beschlossen, wie der und die neue Parteivorsitzende bestimmt werden. Ich finde es gut, dass die Parteibasis entscheidet. Weil alle Kandidatinnen und Kandidaten auch ein Programm präsentieren werden, freue ich mich auf spannende Diskussionen, bin dann aber ganz ehrlich auch froh, wenn diese wichtige Personalfrage endlich geklärt ist. Aktuelle Informationen aus dem Wahlkreis und im Bundestag findet ihr wie immer hier im Berliner Boten. Ausdrücklich einladen möchte ich Euch zu einem Gespräch mit unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Mast zur Zukunft des Sozialstaates am 12.7.2019 im Gasthaus Hirschen in Waldkirch.

Viele Grüße und bis bald!

Euer Johannes

Johannes Fechner

Der Rechtsterror muss konsequenter bekämpft werden



Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke hat uns allen dramatisch vor Augen geführt, dass Staat und Gesellschaft konsequent gegen Rechtsradikalismus, und Rechtsextremismus vorgehen müssen. Wir sind in der SPD seit den NSU-Untersuchungsausschüssen klar positioniert. Der Umbau der Sicherheitsdienste hat danach begonnen. Der Mord zeigt aber, dass dabei noch Defizite bestehen. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass Bürger, die auf rechten Terroristen stehen, von den Behörden zeitnah über diesen Umstand in Kenntnis gesetzt werden. Dazu habe ich am letzten Sonntag auch ein Statement in der Tagesschau abgegeben.

Ausbau der Bahnstrecke Freiburg-Colmar

Das Bundesverkehrsministerium hatte sich im Mai ärgerlicherweise gegen eine Mitfinanzierung des Bundes ausgesprochen. Erst auf Nachfrage und Druck aus der Region - u.a. von mir - konnte diese europafeindliche Blockadehaltung beendet werden. Bei diesem wichtigen Projekt müssen wir über die Parteigrenzen hinweg aktiv bleiben. Dazu haben sich einige südbadische Abgeordnete in Berlin getroffen und uns für die Schaffung eines Titels im Bundeshaushalt zum Ausbau grenzüberschreitender deutsch-französischer Bahnverbindungen ausgesprochen.



Auf dem Bild: Michael Georg Link, (FDP), Marschall von Matern (CDU), Andreas Jung (CDU), Franziska Brantner (Grüne), Kerstin Andreae (Grüne), Nils Schmid (SPD), Christoph Hoffmann (FDP), Tobias Pflüger (Linke), Sven Christian Kindler (Grüne); Johannes Fechner (SPD)

Aktuelle Gesetze

Gute Nachricht für alle Azubis: Die SPD hat den Mindestlohn für Azubis durchgesetzt. Der Mindestlohn für eine Ausbildung wird zunächst von 2020 an auf 515 Euro das 1. Lehrjahr betragen bis ins 3. Lehrjahr um 35 Prozent auf 695 Euro erhöhen.

Mit der Reform des Staatsangehörigkeitenrechts präzisieren wir die Voraussetzungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsbürgerschaft kann nicht erworben werden, wenn der Bewerber eine Vielehe führt.

Hier reagieren wir auf ein Gerichtsurteil. Auch muss die Identität einer Person zweifelsfrei vor Einbürgerung geklärt sein. Wer in einer terroristischen Vereinigung wie z.B. dem IS gekämpft hat und weitere Staatsbürgerschaften hat, verliert zukünftig die deutsche Staatsangehörigkeit.

Und alle Gemeinderäte und Bürgermeister können davon ausgehen, dass die Grundsteuerreform rechtzeitig zum Jahreswechsel in Kraft tritt. Das Modell der Bundesregierung werden wir kritisch im Bundestag diskutieren. Gut ist, dass Gemeinden zukünftig eine deutlich höhere Grundsteuer für bebaubare Grundstücke verlangen

können, um die Grundstückseigentümer zum Bauen zu bewegen.

Neue Justizministerin



Mit Christine Lambrecht ist eine parlamentarisch erfahrene langjährige Rechtspolitikerin zur neuen Justizministerin ernannt worden. Sie gehört dem Bundestag seit 1998 an und war bis 2013 Mitglied im Rechtsausschuss. In der SPD-Bundestagsfraktion war sie Rechtspolitische Sprecherin, stv. Fraktionsvorsitzende und Parl. Geschäftsführerin bis sie im März 2018 sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen wurde. Ich freue mich als rechtspolitischer Sprecher der Fraktion auf die Zusammenarbeit mit ihr.

Rolf Mützenich kommissarischer Fraktionsvorsitzender

In der SPD-Bundestagsfraktion wird unser kommissarischer Vorsitzender Rolf Mützenich in der Sommerpause in zahlreichen Sondierungen nach einer guten Lösung für den künftigen Vorsitz der Fraktion sorgen. Die Gespräche sollen bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause Anfang September abgeschlossen sein, so dass die Fraktion dann einen – oder eine – neue Vorsitzende/n bestimmen kann. Rolf Mützenich ist ein erfahrener und besonnener Politiker mit außenpolitisch-diplomatischem Geschick und als Dienstältester aus dem Kreis der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in die Position gekommen.



Tausend Lachse in der Elz ausgesetzt



Die 6. Klasse der Kastelbergschule in Waldkirch setzte gemeinsam mit mir, Uwe Straky von der IG Elz, Ingo Kramer vom Landesfischereiverband Baden-Württemberg, Chris Pardela von unio – river sciences und Stefan Dohrmann vom Angel- und Sportverein Waldkirch 1000 Lachse in der Elz aus. Die kleinen Lachse starten in der Elz mit einer Körpergröße von fünf Zentimetern und können bis zu einem Meter groß werden, wie ein Fund in Kollmarsreute vor wenigen Jahren zeigte. Noch bis in die sechziger Jahre gab es viele Lachse in der Elz. Diesen Zustand möchte der Landesfischereiverband und die IG Elz wieder herstellen. Die Schüler waren begeistert, einen Beitrag leisten zu können, den Lachs in der Elz wieder anzusiedeln.

Leider blockiert das Waldkircher Wasserkraftwerk Linner den Weg der

Lachse ins Obere Elztal. Derzeit kommen aber wieder Gespräche in Gang, hier eine Fischtreppe zu bauen.

Polizeinachwuchs trifft Politik



Wir brauchen gut ausgebildeten Nachwuchs bei der Polizei, wenn auch in Zukunft die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet sein soll. Darin bin ich mir mit der jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Lahrer Instituts für Ausbildung und Training bei meinem letzten Treffen einig gewesen. Der Polizeinachwuchs in Lahr hatte mich zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Dabei konnte ich von den anstehenden Gesetzesvorhaben berichten: So wolle man, um Straftäter schneller zu überführen, die Befugnisse der Polizei im Hinblick auf die Auswertung von DNA-Spuren ausweiten. Die Polizei muss für ihre Ermittlungen zukünftig Kenntnisse wie Haarfarbe oder Augenfarbe, die zwischenzeitlich gesichert aus DNA-Spuren gewonnen werden können, nutzen können. Bund und Länder müssten auch deutlich mehr Polizei einstellen, insbesondere weil eine Pensionswelle ansteht. Wirkung zeigt aus Gesprächen mit Polizeipräsidenten die Gesetzesverschärfung, dass Gewalttäter, die Polizisten angreifen, härter bestraft

werden. Das war ein wichtiges Gesetz, weil wir Sanitäter, Feuerwehrleute und Polizisten, die sich für die Sicherheit der Gesellschaft engagieren, besser vor Gewalt schützen müssen. Insgesamt sind die jungen Polizisten aber mit ihrer Ausbildung zufrieden und freuen sich

auf den Polizeidienst. "Wir würden jederzeit den Beruf wieder ergreifen und uns für diese Ausbildung entscheiden, weil es toll ist, sich für andere Menschen zu engagieren.", so die jungen Polizisten der GDP.

Liebe Grüße und bis bald

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB